SPD Sachsen gegen Fluglärm engagiert – Aber im Landratsamt:

Bitte als Antrag verstanden

Kreistag soll die Initiative der Stadt Ansbach unterstützen

SACHSEN b. ANSBACH (ph) – Können die Parteien auf örtlicher Ebene Einfluss auf die Politik des Landkreises Ansbach nehmen? Hatte der SPD-Vorsitzende aus Sachsen bei Ansbach, Johann Bodächtel, unlängst Landrat Rudolf Schwemmbauer um Unterstützung der Initiative gegen den Hubschrauberlärm gebeten, so erhielt er unlängst Post aus dem Landratsamt: Demnach „ist der Ortsverein einer Partei nicht zur Antragstellung an den Kreistag berechtigt".

Allerdings, schreibt Bodächtel jetzt in einem neuerlichen Brief an den Landrat, „haben wir keineswegs – wie von Ihnen dargestellt – einen Antrag an Sie oder an den Kreistag gestellt, sondern Sie und die Mitglieder des Kreistages gebeten, sich der Initiative der Stadt Ansbach anzuschließen und selbst aktiv für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger einzusetzen". Und das sollte auch ohne förmliches Antragsrecht möglich sein.

Aus diesem Grund hofften die Sozialdemokraten aus Sachsen weiter, dass auch die Verantwortlichen des Landkreises nun tätig werden, damit baldmöglichst eine Verbesserung der mittlerweile untragbaren Situation erzielt werden könne. „Auch hoffen wir, dass die ‚entsprechenden Überlegungen der Landkreisfraktionen' baldmöglichst in erkennbare Aktivitäten münden."

Von solchen Überlegungen war – neben den Belehrungen zur Geschäftsordnung des Landkreises in Sachen Antragsrecht – in dem Schreiben aus dem Landratsamt die Rede gewesen. Zudem hieß es an gleicher Stelle, der Sachsener SPD stehe es frei, eine Initiative über Mitglieder des Kreistags zu unternehmen.

Wie berichtet, hatte Johann Bodächtel in seinem ursprünglichen Schreiben die „erheblichen Belästigungen durch die Übungsflüge der Hubschrauber der US-Armee" kritisiert. Diese hätten in den vergangenen Monaten Ausmaße angenommen, die „auch von den tolerantesten Bürgern nicht mehr ertragen" werden könnten. Die Kommunen bekämen die Auswirkungen des Fluglärms ebenfalls zu spüren, weil sie deshalb ihre mit viel Geld erschlossenen Bauplätze kaum noch vermarkten könnten. Und nur bei einer gemeinsamen Initiative der betroffenen Städte und Gemeinden sowie des Kreises bestehe die Chance für Verbesserungen.

Fränkische Landeszeitung, 26. August 2009